



Erste Reaktionen der Bevölkerung auf Erklärung des ZK der SED

13. Oktober 1989

Erste Hinweise auf Reaktionen der Bevölkerung zur Erklärung des Politbüros des ZK der SED [Bericht O/228a]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 4259, Bl. 2–6.

Serie

Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler

Honecker, Stoph, Krenz, Dohlus, Hager, Mittag, Schabowski, Tisch, Herger – MfS: Mielke, Mittag, Großmann, Neiber, Schwanitz, Felber, Kratsch, Kleine, Kienberg, Carlsohn, Irmeler (ZAIG), ZAIG/1 (zwei Exemplare), Fischer (ZAIG/6), Reserve.

Vermerk

Unter dem Verteiler (Bl. 1) maschinenschriftlich: »Vorschlag, diese Hinweise auch einigen Mitgliedern des Politbüros zu geben«.

Bemerkungen

Die Berichte O/228 und O/229 erhielten alle externen Empfänger (mit Ausnahme Hergers) mit einem Anschreiben Mielkes und der Bitte um persönliche Kenntnisnahme. Egon Krenz erhielt ein gesondertes Anschreiben, in dem er zusätzlich und als einziger über den externen Empfängerkreis in Kenntnis gesetzt wurde (Bl. 8). Am 16.10.1989 erhielt Krenz von Mielke eine Art »Ergänzungsinformation« zum Bericht O/228a, siehe Bericht O/228b. Dokument auch abgedruckt in: Münkler, Daniela (Hg.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Auswahledition. Berlin 42019, S. 95–98.

[Faksimile der »Ergänzungsinformation«]

Vorliegenden Hinweisen zufolge ist die Erklärung der Parteiführung unter allen Bevölkerungskreisen außerordentlich interessiert aufgenommen worden.¹ Sie wird in vielfältigen Diskussionen einer sehr differenzierten inhaltlichen Bewertung unterzogen, verbunden mit großen Erwartungshaltungen hinsichtlich der baldigen konkreten Umsetzung der darin enthaltenen grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft.

Progressive Kräfte äußern sich mehrheitlich zustimmend und mit großer Erleichterung über die Erklärung, die ihrer Meinung nach einen Schritt in die richtige Richtung darstelle. Sie erscheine als Ausgangsgrundlage geeignet, um Lösungsansätze für die Probleme im Land zu erarbeiten und die SED wieder in die Offensive zu bringen. Es sei damit endlich auf einen in Gang gekommenen Prozess reagiert worden, der nicht mehr aufzuhalten gewesen sei und dem nur durch eine offene Auseinandersetzung mit allen in letzter Zeit angehäuften Problemen und ihrer raschen Überwindung begegnet werden könne.

Häufig wurde jedoch die Frage aufgeworfen, warum eine solche Erklärung erst zum jetzigen Zeitpunkt erfolgte. Des Öfteren wird dabei von der Feststellung ausgegangen, dass durch die Partei- und Staatsführung in der Vergangenheit die Lage falsch eingeschätzt wurde und erst unter dem Druck der Ereignisse eine Korrektur im Herangehen an entstandene grundlegende Probleme vorgenommen wurde. Das Dokument sei zwar ein Indiz dafür, dass in der Parteiführung ein »Prozess des Nachdenkens« eingesetzt habe, ein rechtzeitigeres Reagieren hätte jedoch die Eskalation der Unzufriedenheit und des Vertrauensverlustes der Partei bei den Werktätigen verhindert.

Außerdem wird die unpersönliche Publikation dieser Erklärung bemängelt. Ihre Verlesung durch ein Mitglied des Politbüros des ZK der SED hätte den ernsthaften Willen der Parteiführung zur Bewältigung der Probleme noch unterstrichen.

Klassenbewusste Arbeiter in Großbetrieben, Mitarbeiter staatlicher und wirtschaftsleitender Organe sowie weitere progressive Kräfte begrüßen die klaren Aussagen hinsichtlich der Unantastbarkeit der Werte, Ideale und Errungenschaften des Sozialismus und der Nichterpressbarkeit der Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Auf breite Resonanz stoßen bei diesen Personenkreisen auch die angekündigte Dialogbereitschaft der SED sowie die genannten Problemfelder. Sie stellten einen Gradmesser dafür dar, wie jeder Einzelne ehrlich gewillt ist, konstruktiv in diesem Prozess mitzuwirken.

Auch Kunst- und Kulturschaffende sowie kirchliche Amtsträger aus dem Bereich der Thüringer Landeskirche anerkennen die erklärte Dialogbereitschaft der Partei und erwarten Gespräche auf allen Ebenen unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit.

In zahlreichen bekannt gewordenen Meinungen von Arbeitern, Angehörigen der Intelligenz und Mitarbeitern zentraler staatlicher Organe werden aber auch Zweifel und Skepsis zum Anliegen und zur erfolgreichen Umsetzung der in der Erklärung enthaltenen Zielstellungen und Aufgaben geäußert.

So wurde wiederholt argumentiert, mit der Ankündigung, dass die nächste Tagung des ZK der SED Vorschläge im Sinne der strategischen Konzeption der Partei unterbreiten werde,² wecke man Erwartungshaltungen, die angesichts der entstandenen innenpolitischen Situation kaum realisierbar erscheinen. Die Zeit bis zur nächsten ZK-Tagung reiche nicht aus, um eine tiefgründige Analyse des Zustandes der gesellschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten und auf dieser Grundlage wissenschaftlich fundierte und ausgereifte Lösungswege anzubieten. Es bestünde die Gefahr, dass im Interesse einer schnellen Beruhigung der Lage kurzfristig Entscheidungen getroffen würden, die keine dauerhaften Lösungen darstellten und sich nachhaltig auf die angespannte Zahlungsbilanz der DDR auswirken könnten.

Vor allem Arbeiter zeigten sich enttäuscht darüber, dass die Erklärung keine selbstkritische Einschätzung der Parteiführung über getroffene Fehlentscheidungen und keine deutlichen Aussagen über die Ursachen der derzeitigen innenpolitischen Lage enthalte. Man habe auch konkretere Aussagen zu jenen, alle Werktätigen im Alltag ständig berührenden Fragen erwartet. Offensichtlich seien dem Politbüro der Ernst der Lage und die Tragweite der Ereignisse immer noch nicht in vollem Umfang bewusst.

Leitende Funktionäre befreundeter Parteien trafen die Feststellung, die Erklärung sei zunächst nur als Mittel zur Beruhigung der Lage aufzufassen. Die Zeit werde zeigen, welchen Wert sie tatsächlich habe.

Angehörige der Intelligenz schätzten ein, die Erklärung lasse eindeutig bestimmte Entwicklungsrichtungen vermissen. Der Hinweis auf die Erörterung von Vorschlägen auf der nächsten ZK-Tagung lasse den Schluss zu, dass eine »Hinhaltetaktik« betrieben werde. Außerdem sei zu bezweifeln, dass diese gewaltigen Aufgabenstellungen mit der derzeitigen Parteiführung zu realisieren seien.

Generell wird bemängelt, dass die Erklärung keine genaue Terminfestlegung für die Durchführung des Plenums enthält.

Progressive Kräfte vertreten die Auffassung, die innenpolitische Lage in der DDR sei dermaßen explosiv, dass eine kurzfristige Anberaumung der Plenartagung unbedingt erforderlich sei. Wenn nicht bald konkrete Entscheidungen getroffen würden, so schätzten sie ein, gingen die Arbeiter auf die Straße.

Der Erklärung des Politbüros würde nur eine kurze Zeit der Beruhigung folgen, wenn nicht bald weiterführende und prinzipielle Veränderungen eingeleitet werden. Damit verbunden wird die Forderung, mit diesen Veränderungen jetzt und nicht erst zum bzw. nach dem XII. Parteitag zu beginnen.³

Die von unterschiedlichsten Kreisen der Bevölkerung ausgesprochenen Erwartungshaltungen konzentrieren sich vor allem auf folgende Probleme: Gerechnet werde mit einer kritischen Analyse und Bewertung der gegenwärtigen Entwicklungsprobleme, einschließlich der Benennung ihrer Ursachen und Verantwortlichkeiten sowie der Vorlage konkreter Lösungsmöglichkeiten.

Weiter wird argumentiert, im Ergebnis des Dialogs mit der Bevölkerung müssten für alle Werktätigen spürbare Veränderungen eingeleitet werden, die die Ernsthaftigkeit des Willens der Parteiführung für die Überwindung der Probleme unter Beweis stellen.

Immer wieder werden in diesem Zusammenhang genannt:

- Qualitative und quantitative Verbesserung des Warenangebotes, einschließlich der Ersatzteilversorgung
- Erhöhung des Dienstleistungs niveaus
- Veränderungen des Lohn-Preis-Gefüges
- Aufhebung der zeitweiligen Einschränkungen des pass- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und der ČSSR für DDR-Bürger⁴
- grundlegende Veränderungen in der Medienpolitik.

Darüber hinaus bestehen vor allem unter Angehörigen der Intelligenz bereits mit Blick auf den XII. Parteitag Erwartungshaltungen hinsichtlich des Ingangsetzens eines Prozesses der Erarbeitung neuer Gesellschafts- und Sozialismuskonzeptionen in der DDR.

Internen Einzelhinweisen zufolge werten reaktionäre kirchliche Amtsträger sowie Anhänger und Sympathisanten des »Neuen Forums«⁵ die Erklärung als eine Reaktion der SED auf die Forderungen der »Opposition« und auf die jüngsten Demonstrationen in der DDR.

Der Inhalt der Erklärung wird von ihnen als Kompromiss der unterschiedlichen Strömungen im Politbüro angesehen.

Mit dieser Positionierung der Parteiführung seien gewisse Weichen in Richtung Dialog und weg von Konfrontation gestellt und damit Voraussetzungen für einen gemeinsamen Konsens zur Herbeiführung von Veränderungen geschaffen worden.

Jetzt gelte es, so äußern sie sich, die Parteiführung beim Wort zu nehmen.

Die getroffene Feststellung, wir hätten alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie, wird in diesem Sinne als ein »Schlüsselsatz« bewertet, den sie sich für ihre Arbeit in den Gruppen nutzbar machen werden.

Unter Hinweis auf die Aufgabenstellung, die Medien lebensnah zu gestalten, erheben o. g. Kräfte die Forderung nach Veröffentlichung auch ihrer »Materialien« in den Medien.

1

Gemeint ist eine »Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« unmittelbar nach dem 40. Jahrestag der DDR (ND v. 12.10.1989, S. 1). Darin ging die SED-Führung auf die Ausreisewelle von DDR-Bürgern ein und betonte, dass ihr diese Ausgereisten »nicht egal« seien. Sie räumte ein, dass es grundlegende Fragen und Herausforderungen zur innenpolitischen und

gesellschaftlichen Situation gäbe. Dafür erarbeite das Politbüro mit einer »Konzeption für Kontinuität und Erneuerung« Vorschläge, die in den dafür vorgesehenen Foren diskutiert werden könnten. Vorschläge und Demonstrationen, die auf eine Veränderung der DDR-Verfassung hinausliefen, wurden hingegen strikt abgelehnt. Die Erklärung ist abrufbar unter: www.chronik-der-mauer.de (letzter Abruf: 27.2.2019).

2

In der Erklärung des Politbüros hieß es, dass auf dieser Tagung Vorschläge für die »strategische Konzeption von Kontinuität und Erneuerung« der Partei unterbreitet werden und diese »auf den tausendfach geführten Diskussionen in den Parteiorganisationen der SED, auf den Vorschlägen und Überlegungen, die uns aus allen Teilen der Republik zugegangen sind«, beruhen würden. Tatsächlich kam es auf der 9. Tagung des ZK am 18.10.1989 zum Führungswechsel an der SED-Spitze: Erich Honecker wurde zum Rücktritt von seinen politischen Funktionen gedrängt, die Mitglieder des Politbüros Günter Mittag und Joachim Herrmann von ihren Funktionen entbunden und Egon Krenz zum neuen Generalsekretär der SED gewählt. Vgl. Wir stellen uns der Diskussion. Vgl. ND v. 12.10.1989, S. 1.

3

Der XII. Parteitag der SED sollte regulär im Jahr 1991 stattfinden. Aufgrund der angespannten ökonomischen und gesellschaftlichen Lage zog die 7. Tagung des ZK der SED im Dezember 1988 den Parteitag auf Mitte Mai 1990 vor. Nach dem Rücktritt des Generalsekretärs und des Politbüros wurde am 12. November auf Druck der Parteimitglieder ein außerordentlicher Parteitag für den 8./9.12.1989 einberufen. Auf dem Sonderparteitag entschieden die Delegierten nach kontroverser Debatte, die SED nicht aufzulösen, den Namen SED-PDS anzunehmen und sich ein neues Parteistatut zu geben. Gregor Gysi wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

4

Am 4.10.1989 verkündete das SED-Zentralorgan eine vorübergehende Außerkraftsetzung des visa- und passfreien Reiseverkehrs in die ČSSR. Angebliche Pläne »bestimmter westlicher Kreise«, die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR zu stören, seien ausschlaggebend für diese Entscheidung gewesen. (Zeitweilige Aussetzung des paß- und visafreien Verkehrs zwischen DDR und ČSSR. In: ND v. 4.10.1989, S. 1). Hintergrund dieser Entscheidung war die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern in den Nachbarstaat, um auf dem Gelände der bundesrepublikanischen Botschaft in Prag Zuflucht zu finden oder über die seit dem 11. September dauerhaft geöffnete ungarisch-österreichische Staatsgrenze in den Westen zu gelangen. Allein zwischen Juli und September waren mehr als 65 000 DDR-Bürger geflohen, weitere 34 500 durften die DDR mit staatlicher Genehmigung verlassen. Die Untersagung der Reisen in die ČSSR führte zu Protesten und Bahnhofsbesetzungen, u. a. in Dresden und Karl-Marx-Stadt.

5

Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken der DDR die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsaufruf unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsaufruf der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte.